

Kristina Meyer/Bernd Rother

## Geschichtspolitik zwischen Kontinuität und Erneuerung

Geschichtspolitik – ist das nicht ein Nischenthema, interessant nur für die Feuilletonseiten überregionaler Tages- und Wochenzeitungen, auf denen Geschichtswissenschaftler\*innen für Studier\*rät\*innen schreiben? Welche Relevanz haben für die Sozialdemokratie Debatten über Entschädigungszahlungen an die Hohenzollern-Dynastie oder über den Umgang mit dem kolonialen „Erbe“ Deutschlands im Vergleich zu den Herausforderungen der Pandemie, aber auch im Vergleich zur Altlast „Hartz IV“, die die SPD in Umfragen immer noch nach unten zu drücken scheint?

Ja, Geschichtspolitik ist kein Thema, das ganz oben auf der Agenda stehen muss. Aber eine gesellschaftliche Kraft, die sich ihrer Wurzeln nicht bewusst ist und auch nicht über die Genese des Gemeinwesens nachdenkt, wird auch nicht in der Lage sein, ein überzeugendes Projekt für die Zukunft zu entwerfen. Was kommen soll, wird keine Verlängerung des Vergangenen sein, aber Neues entsteht immer auf dem Boden des Gewordenen. Der Blick nach vorn ist ebenso wichtig wie der zurück. Und es gilt auch: Solange die Sozialdemokratie den Anspruch hat, eine integrative Kraft zu sein, eine Volkspartei, muss sie sich auch inhaltlich breit aufstellen, darf die Geschichtspolitik nicht seitwärts liegen lassen.

Das ist alles nicht neu, es sind häufig wiederholte Positionen. Aber Gemeingut in der SPD sind sie nicht. Mit Blick auf das Feld „Geschichtspolitik“ ist der Befund gegenwärtig eher ernüchternd: Jenseits der Trias Geschichtsforum, Grundwertekommission und Kulturforum und jenseits der MdBs, die sich im Kulturausschuss des Bundestags um diesen Bereich kümmern, spielt sie kaum eine Rolle. Immerhin kann konstatiert werden, dass die Parteiführung – nach einigen Fehlritten, die auch von den Medien aufgespießt wurden – mittlerweile in historischen Fragen wieder die Beratung durch das Geschichtsforum sucht und in der Außendarstellung auf die Historie der SPD zurückgreift.

Schaut man, wie dies früher war, könnte man nostalgisch werden. Wieder einmal steht Willy Brandt als leuchtendes Gegenbeispiel im Raum. Nun mag man einwenden, dass dies eine Variante des „Früher war alles besser“ ist. Man war dichter dran an der „Geschichte der Arbeiterbewegung“, im lebensweltlichen (damals stammten noch viele in der Parteiführung aus der Arbeiterschaft) und auch im chronologischen Sinne: Als Brandt Kanzler wurde, lag die Novemberrevolution 50 Jahre zurück, heute trennen uns weitere 50 Jahre von seiner Kanzlerschaft. Andererseits war diese Zeit von einem starken Präsentismus geprägt, Geschichte spielte in der Öffentlichkeit nicht die große Rolle, die sie ab etwa 1980 einnahm und bis heute behalten hat. Damals war also der Blick zurück keine modische Erscheinung, mit der man hätte punkten können. In der SPD jedoch begann die Renaissance der Traditionspflege schon zehn Jahre bevor große Ausstellungen zu den Staufern oder anderen Themen aus dem Mittelalter Massen anzogen. Für nicht wenige Neumitglieder, die Anfang der Siebzigerjahre zur SPD stießen, spielte die Geschichte der Arbeiterbewegung durchaus eine Rolle bei der Entscheidung für den Eintritt.

Willy Brandts Reden zur Geschichte waren aber keine Übungen in Nostalgie. Es ging um die Grundierung der Politik: „Man muss eine Vergangenheit *haben*, um aus dieser Vergangenheit für die Zukunft *lernen* zu können“ (Brandt zum 100. Gründungstag der SPD

1963). Für Sozialdemokraten war und ist es auch eine Selbstvergewisserung, dass man in den Grundfragen der deutschen Geschichte immer auf der Seite von Frieden und Freiheit gestanden hat – anders als die traditionellen Konkurrenten links und rechts. Es gibt angesichts trister Wahl- und Umfrageergebnisse ansonsten nicht viele Gelegenheiten, mit Stolz und Zufriedenheit auf die eigene Partei zu schauen.

In der Geschichtspolitik geht es aber nicht vorrangig um den selbstbewussten Blick auf den Weg der eigenen Partei seit ihrer Gründung. Geschichtspolitische Debatten sind Teil des immerwährenden Bemühens um das Selbstverständnis unserer Gesellschaft. Abgeschlossen sein werden sie nie. Jede Generation bringt ihre eigenen Erfahrungen und Perspektiven ein, stellt wieder die Fragen: Sind wir auf dem richtigen Weg? Müssen wir Richtung oder Geschwindigkeit ändern? Haben wir in der Vergangenheit Probleme übersehen? Das ist die Konkretisierung des Gebotes, aus der Vergangenheit für die Zukunft zu lernen.

Ein gutes Beispiel dafür ist die gegenwärtige Debatte über „Identitätspolitik“. Was hat sie mit Geschichte zu tun? Ein Teil der neuen Ansprüche auf Gehör, auf Respekt und auf Mitsprache reagiert auf Praktiken des Kolonialismus und des Rassismus in den vergangenen 200 bis 250 Jahren. Nach 1945 dominierte lange Zeit die Sichtweise, Deutschland habe aufgrund des unfreiwilligen Rückzugs aus den Kolonien nach dem Ersten Weltkrieg das (unverdiente) Glück gehabt, den staatlichen Dekolonisierungsprozess schon lange hinter sich gebracht zu haben, mit dem insbesondere Frankreich und Großbritannien sich von 1945 bis in die Mitte der Sechzigerjahre auseinandersetzen mussten. Mehr noch: Deutschland sei ein im guten Sinne patriarchalischer Kolonialherr gewesen. Bis auf den Herero-Aufstand in Deutsch-Südwestafrika habe es nichts gegeben, was man sich vorwerfen lassen müsste. Dieses verklärte Bild hätte schon ein Blick in die Protokolle sozialdemokratischer Parteitage im Kaiserreich oder in die Reden von SPD-Abgeordneten im Reichstag vor 1914 zerstören können. 1894 prangerte August Bebel im Parlament den deutschen Kolonialismus an: „Was bedeutet in Wahrheit diese ganze sogenannte christliche Zivilisation in Afrika? Äußerlich Christentum, innerlich und in Wahrheit Prügelstrafe, Weibermißhandlung, Schnapspest, Niedermetzlung mit Feuer und Schwert, mit Säbel und Flinte.“

Neben die Erinnerung an das historische Erbe des deutschen Kolonialismus tritt heutzutage eine gewachsene Sensibilität gegenüber dem Rassismus, seinen langen Traditionslinien und seiner tiefen Verwurzelung im Denken und Handeln unserer Gesellschaft. Darüber, dass hier mehr getan werden muss, besteht in der SPD Einigkeit. Strittig ist indes, wohin dies führen soll. Die einen stehen der „Identitätspolitik“, also einer starken Betonung von Gruppenidentitäten aufgrund kultureller, ethnischer, sexueller oder sozialer Merkmale und der Forderung nach mehr Anerkennung und Mitsprache solcher Gruppen, kritisch gegenüber; es drohe eine Partikularisierung der Gesellschaft, die in immer kleinere Gruppen zerfallen könnte. Darüber, so die Kritiker\*innen, drohten die gemeinsamen Werte und Ziele aus dem Blick zu geraten, der Zusammenhalt der Gesellschaft sei gefährdet, und vor allem trete die soziale Frage in den Hintergrund. Die andere Seite (sofern es in dieser hochkomplexen Debatte überhaupt zulässig oder sinnvoll ist, die Argumentationslage auf ein bipolares Modell herunterzubrechen) sieht Träger bestimmter Privilegien, Deutungshoheiten und Machtmittel – die vielbeschworenen „alten weißen Männer“ – in einem verzweiferten Abwehrkampf um den Erhalt ihres Status.

„Identitätspolitik“ ist – darauf hat Jan-Werner Müller jüngst hingewiesen – für die Sozialdemokratie nichts grundsätzlich Neues, nur dass der Begriff erst seit relativ kurzer Zeit in aller Munde ist und sich in unterschiedlicher Weise zum Kampfbegriff entwickelt hat. „Die Arbeiterbewegung verstand sich eben nicht nur als eine Lohnarbeiter-Lobby, sondern auch

als gemeinsames, würdewahrendes Kulturprojekt, in dem es um die Herausbildung einer bestimmten Lebensform ging – wie etwa im Roten Wien. Es war aber eben nicht nur Kultur.“ (Internationale Politik, Heft 2/2021) Aber im Unterschied zu heute stand die soziale Gruppe, die Identität als Klasse, im Zentrum, und nicht – wie gegenwärtig in vielen Fällen – Gruppenidentitäten und -zuschreibungen, die sich über kulturelle, ethnische oder sexuelle Merkmale definieren. „Solidarität“ war der Schlüsselbegriff für die Konstituierung der Arbeiterschaft als Klasse, während es derzeit vorrangig um die Konkurrenz einer Vielzahl von identitätspolitischen Anliegen im Kampf um Anerkennung geht. Das ist – aus sozialdemokratischer Sicht – eine der Achillesfersen der „Identitätspolitik“, die es selbst Unternehmen wie Amazon oder Facebook erlaubt, sich durch das Zurschaustellen von Diversität als „progressiv“ zu definieren, während die Arbeitsbedingungen weiterhin „neoliberal“ sind. Man denke nur daran, wie erbittert (und am Ende leider mit Erfolg) Amazon gegen die Gründung einer Gewerkschaft in seinem Betrieb in Alabama kämpfte und gleichzeitig Anzeigen schaltete, mit denen das Unternehmen die vielfältige Belegschaft feierte.

Der zweite problematische Punkt in manchen der identitätspolitischen Positionen ist ihr Essenzialismus. Nur die Angehörigen der jeweiligen Gruppe selbst seien aufgrund ihrer besonderen Sprecher\*innenposition dazu befugt, ihre gesellschaftliche Situation zu beurteilen und daraus Forderungen abzuleiten. Dieser Essenzialismus zeigt sich auch dann, wenn jegliche Form kultureller Interaktion und Aneignung als latent rassistische „cultural appropriation“ bezeichnet wird. Wenn solcher Essenzialismus offene Debatten verhindert und die Legitimität einer Position wiederum von ihrer identitären Gruppenzugehörigkeit abhängig macht, kollidiert dies mit dem universalistischen Anspruch der Sozialdemokratie, die nie eine reine Arbeiter\*innenbewegung gewesen ist und auch nie nur für die „Befreiung“ der Arbeiterschaft kämpfte, sondern immer den Anspruch vertrat, für die ganze Menschheit und ein auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gründendes Zusammenleben zu streiten.

Für Sozialdemokrat\*innen besteht die Herausforderung darin, quantitativ kleinen, oft zu lange vernachlässigten und diskriminierten Gruppen einen gleichberechtigten Platz in der Gesellschaft zu sichern und ihre Forderungen nach mehr Sichtbarkeit, Anerkennung und Mitsprache ernst zu nehmen, ohne darüber den Zusammenhalt der Gesellschaft aus den Augen zu verlieren – der aber wiederum auch nicht die Pluralität der sozialen und kulturellen Identitäten und Ausdrucksformen einengen darf. Eine mehr als schwierige Aufgabe.

Ein Nebenzweig der Kontroverse um „Identitätspolitik“ ist der Streit um das Ausmaß der Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit durch eine „Cancel Culture“. Im Februar 2021 meldete sich ein „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ zu Wort, um „die Freiheit von Forschung und Lehre gegen ideologisch motivierte Einschränkungen zu verteidigen.“ Sprecherin ist die Soziologin Sandra Kostner; zur „Steuerungsgruppe“ gehört auch Andreas Rödder, Historiker und zweimal Kandidat der CDU für den Posten des Bildungs- und Wissenschaftsministers in Rheinland-Pfalz. Wofür das Manifest vordergründig eintritt, ist auch über den Unterzeichner\*innenkreis hinaus im Grundsatz weitgehend konsensfähig. Aber trifft wirklich zu, was die Autor\*innen des Manifests behaupten: „Hochschulangehörige werden erheblichem Druck ausgesetzt, sich bei der Wahrnehmung ihrer Forschungs- und Lehrfreiheit moralischen, politischen und ideologischen Beschränkungen und Vorgaben zu unterwerfen“? Die Erfahrungen der Mitglieder des Geschichtsforums sprechen eine andere Sprache, und auch die Auflistung auf der Internetseite des „Netzwerks“ bestätigt: Es handelt sich um Einzelfälle. Gegen sie aufzutreten, ist notwendig und begrüßenswert. Aber heutzutage ist die deutsche Wissenschaftslandschaft pluraler aufgestellt denn je. In der

bundesdeutschen Geschichte gab es ganz andere, viel gravierendere Einschränkungen der universitären Meinungsfreiheit. Man denke nur an das Redeverbot des Rektors der FU Berlin gegen den linken Publizisten Erich Kuby im Jahr 1965 und die Nichtverlängerung des Assistentenvertrags mit Ekkehart Krippendorf, der es gewagt hatte, dagegen zu protestieren; oder an das Einreiseverbot für den trotzkistische Ökonomen Ernest Mandel, in dessen Folge die Promotionskommission der FU nach Brüssel fliegen musste, um Mandels mündliche Prüfung abzunehmen. Für einen bekennend sozialdemokratischen Historiker wie Klaus Schönhoven war es noch in den Achtzigerjahren unmöglich, in seinem Heimatland Bayern eine Professur zu erlangen.

Derartige Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit gibt es heute zum Glück nicht mehr, und gegen jeden Versuch, dieses Rad zurückzudrehen, muss auch die Sozialdemokratie vorgehen. Alarmismus hilft dabei jedoch nicht, zumal wenn er weniger unschuldig und weniger balanciert daherkommt, als es beim „Netzwerk“ auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Zu den Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit zählt das „Netzwerk“ auch die Resolution des Historikerverbandes aus dem Jahr 2018, die sich gegen rechtspopulistische Tendenzen in der Gesellschaft wandte. Was eine Wortmeldung zur Lage der Gesellschaft war, wird beim „Netzwerk“ zu einer Richtschnur für Zensur; die Resolution wolle „eine bestimmte politisch-normative Einschätzung für den wissenschaftlichen Diskurs insgesamt verbindlich [...] machen“. Hier scheint eine politische Tendenz durch, die der Sache nicht guttut, aber wohl offenbar zum Kern des Anliegens mancher Initiator\*innen des „Netzwerks“ führt. Die Liste der Unterzeichner versammelt die Phalanx der konservativen Historiker\*innen Deutschlands, nicht nur Rödter, sondern beispielsweise auch den Wehrmachtbewunderer Sönke Neitzel. Sogar ein Geschichtsrevisionist wie Egon Flaig durfte sich hinzugesellen. Jörg Baberowski, der ebenfalls unterschrieben hat und an der Humboldt-Universität selbst zur Zielscheibe einer rufschädigenden Kampagne wurde, zeigt, dass man gut mit Doppelstandards leben kann: Im „Merkur“ konnte man kürzlich nachlesen, wie er selbst einen geschichtspolitisch unliebsamen Kollegen aus einem Herausgeberkollegium zu drängen versuchte.

Nicht doppelte, sondern gar keine Standards zu haben, so lautet der Vorwurf zahlreicher renommierter Historiker\*innen an Hedwig Richter, die zurzeit wohl als Deutschlands Geschichtswissenschaftlerin mit den häufigsten Talkshow-Auftritten gelten darf. Kritiker\*innen wie Christina Morina, der die Gründung des Geschichtsforums der SPD wesentlich zu verdanken ist, und Dietmar Süß, Mitglied dieses Forums, beunruhigt aber nicht so sehr Richters mangelnde intellektuelle Durchdringung des Stoffs, wie es ihr etwa Andreas Wirsching in einer scharfen Rezension vorgehalten hat, sondern eine geschichtspolitische Stoßrichtung, die – konsequent weitergedacht – das Kaiserreich wieder salonfähig macht und der Weimarer Demokratie die Schuld am Aufstieg des Nationalsozialismus in die Schuhe schiebt, nicht aber Hitlers antidemokratischen Steigbügelhaltern, die ihn Anfang 1933 ohne Not zum Reichskanzler beförderten, obwohl (oder gerade weil) die NSDAP gerade bei einer Wahl starke Verluste erlitten hatte. Auch Bismarcks Sozialistengesetz ist für Richter kein Hindernis, dem Kaiserreich zu huldigen, denn der Staat habe doch „seiner angekündigten Zerstörung nicht tatenlos zusehen“ können (zitiert aus einer Rezension in der Süddeutschen Zeitung vom 31. März 2021).

Derartige Bemühungen, das Image des Kaiserreichs aufzuwerten, konterkariert derzeit die Familie Hohenzollern durch ihren verbissenen Kampf um Rückerstattung. In einem rational kaum noch nachvollziehbaren Kampf um die Restituierung früherer Besitztümer übt sie mit juristischen Zwangsmitteln Druck auf kritische Historiker\*innen und Journalist\*innen aus.

Die Reaktion in den meisten Feuilletons und unter der Mehrzahl der Fachleute ist aus guten Gründen verheerend für die Fürstenerben. Selbst der preußischste aller Historiker, Christopher Clark, stellte sich nach einem Moment des Besinnens gegen die Ansprüche der Hohenzollern. Als Entlastung gemeinte Vorstöße einiger weniger konservativer Historiker änderten nichts am überwiegenden Urteil, die Hohenzollern hätten der NS-Diktatur erheblichen Vorschub geleistet. War das Urteil der Geschichtswissenschaft schon seit längerem eindeutig, so zögerte die Politik bis vor kurzem mit einer Festlegung. Die Staatsministerin für Kultur und Medien, Monika Grütters, schob die Entscheidung der Landesregierung von Brandenburg zu. Dort dauerte es lange, bis die Finanzministerin und die Kulturministerin eine gemeinsame Haltung fanden. Beide – Katrin Lange und Manja Schüle – sind Mitglied der SPD, aber Lange setzte auf Verhandlungen mit den Hohenzollern, Schüle auf eine gerichtliche Klärung der Ansprüche, so wie es Ende 2020 das Geschichtsforum der SPD bereits empfohlen hatte. Erst im April 2021 schloss sich die Koalition aus SPD, CDU und Grünen dieser Position an. Das intransigente Verhalten von Georg Friedrich von Preußen, „Oberhaupt“ der Dynastie, hat dazu vermutlich einen wesentlichen Beitrag geleistet. Verhandlungen seien – so übereinstimmend das Geschichtsforum und Manja Schüle – unmöglich, solange sich Historiker\*innen und Journalist\*innen von Klagen der Hohenzollern bedroht sähen.

In dieser Frage kam das Geschichtsforum schnell zu einer einvernehmlichen Haltung. Kontroverser und damit spannender verlief die Debatte zur Frage, welches Lied künftig am Ende von Bundesparteitagen gesungen oder ob gänzlich auf diesen Brauch verzichtet werden sollte. Die Frage war – auf Initiative der Jusos – vom letzten ordentlichen Parteitag an das Geschichtsforum herangetragen worden. Es sollte, so der Auftrag, eine Empfehlung an den Parteivorstand erarbeiten. Ausgelöst worden war die Debatte durch neue Erkenntnisse über die Biographie des Autors von „Wann wir schreiten Seit' an Seit'“, das in den letzten Jahren stets gesungen worden war. Der Verfasser hatte – wie sich erwies – nur wenige Jahre lang seine politische Heimat bei der Sozialdemokratie gefunden. Schon in den Zwanzigerjahren wandte er sich völkischen Strömungen zu, denen er auch nach 1945 treu blieb. Der Text des Liedes ist zwar in dieser Hinsicht unverdächtig, enthält aber auch keine genuin sozialdemokratischen Aussagen. Beides zusammen brachte das Geschichtsforum dazu, von diesem Lied abzuraten. Aber was sollte an dessen Stelle treten? Das Liedgut der Arbeiter\*innenbewegung hat einen Nachteil: Es ist sehr, sehr traditionell. Seit der Weimarer Republik ist nichts Neues hinzugekommen. Deshalb empfiehlt eine Mehrheit der Mitglieder des Geschichtsforums, nicht mehr auf Parteitagen zu singen, solange kein Lied gefunden wird, das die Grundhaltungen der SPD im 21. Jahrhundert und das Lebensgefühl der heutigen Generationen glaubhaft zum Ausdruck bringt.

Vor ähnlichen Problemen steht eine Arbeitsgruppe des Geschichtsforum, die sich mit einer in die heutige Zeit passenden sozialdemokratischen Geschichtserzählung befasst. Vorab: Es geht nicht um eine kanonische Festlegung eines bestimmten Geschichtsbilds. Wir wollen vielmehr ein offenes Angebot formulieren: Welche früheren bzw. bisherigen Werte, Forderungen und Erfolge der sozialdemokratischen Bewegung, welche Erfahrungen vergangener Kämpfe haben heute noch Bestand und bergen Potential für zukünftige Politikentwürfe? Es geht um das Selbstbild, um das Selbstverständnis der Partei, das ja nicht – wie manche zu glauben scheinen – nur durch die Beschäftigung mit der Zukunft entstehen kann. Die Geschichte der SPD kann wie ein Alb auf ihr lasten, sie kann aber auch ein Podest sein, von dem aus man weiter blicken kann als politische Konkurrenten. Zweifelsohne ist sie etwas, was positiv zu inspirieren vermag. Alleine das wäre ein guter Grund, die

Vergangenheit nicht zu vergessen. Geschichte ist in allen Gesellschaften eine Ressource von Selbstbewusstsein, von Legitimität, von Soft Power – und auch von kritischer Selbsthistorisierung und notwendiger Neujustierung.

Aber es geht um mehr. Seit Jahren wird von der Notwendigkeit einer Erneuerung der Sozialdemokratie geredet, und dies nicht nur in Deutschland. Wie weit kann diese Erneuerung gehen, ohne die Identität der SPD zu zerstören? Und wie unterscheidet sich eine künftige SPD von ihren politischen Mitbewerberinnen? Das lässt sich ohne historische Reflexion nicht beantworten. Was passieren kann, wenn diese Reflexion unterbleibt, hat die sogenannte Agenda-Politik gezeigt, welche die SPD von ihren Grundwerten entfernt und von einem Teil ihrer Anhänger\*innen entfremdet hat.